

Seit gut zehn Jahren besuche ich zwei bis dreimal jährlich Myanmar. Ich liebe dieses Land, vor allem aber liebe ich seine Menschen. Mit ihrer freundlichen und herzlichen Art haben sie mich regelrecht erobert. 2007 habe ich während des Aufstands der Mönche in der sogenannten Safran-Revolution mit der Bevölkerung mitgelitten. Seit dem Taifun Nargis, der im Mai 2008 mehr als 200 000 Menschen das Leben gekostet hat, begleite ich viele Menschen. 2012 habe ich mitgefiebert, als es nach Jahrzehnten zum ersten Mal sogenannte demokratische Wahlen gab. Und ich habe mit den Birmanen frohlockt, als 2015 die Partei von Aung San Suu Kyi die Parlamentswahlen gewann und sie zur Staatskanzlerin ernannt wurde.

Nun sind wir im Jahr 2018, und viele fragen sich, was zwischenzeitlich in Myanmar geschehen ist. Meines Erachtens eine ganze Menge! Es wurde viel in die Infrastruktur investiert. Straßen, Schulen und Krankenhäuser sind gebaut worden. Es sind unzählige Tankstellen aus dem Boden geschossen, die eine Unmenge an Fahrzeugen „automatisch“ betanken, das heißt mit Hilfe von Pumpsystemen, wie wir sie in Europa seit langem kennen, und nicht mehr unter Verwendung von Kanistern.

Es gibt ein dichteres Netz an Banken, viele neue Hotels, und jährlich bringen mehr als eine Million Touristen harte Währung ins Land. Die Zeiten, als wir im Flugzeug von Bangkok nach Yangon nur drei Passagiere waren, sind endgültig vorbei. Das ganze Land erlebt einen sichtbaren Aufschwung, – von dem am meisten jedoch die alten Machthaber profitieren. Denn die birmanische Wirtschaft ist praktisch vollständig in den Händen der Militärs und Ex-Militärs.

Damit sind wir beim Kern der derzeitigen Probleme in Myanmar. In der westlichen Welt, vor allem in den westlichen Medien, wurde viel über die Gräueltaten der Militärs im Rakhein State und über die Vertreibung der Volksgruppe der Rohingya gehört. Voller Entsetzen stellte sich die westliche Öffentlichkeit gegen die Friedens-Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Man erwartete von ihr eine klare Verurteilung der Schandtaten der Militärs, oder doch zumindest eine Art Entschuldigung. Doch nichts davon geschah.

Als Reaktion darauf wurden der Politikerin viele Ehrungen aberkannt. Im Ausland versteht man sie nicht mehr.

Ungebrochen ist dagegen die Liebe, die ihr in Myanmar von der Bevölkerung entgegengebracht wird. Die Menschen wissen um die schwierige Gratwanderung, die Aung San Suu Kyi ständig vollziehen muss, und haben großes Verständnis dafür. Natürlich möchte die überwältigende Mehrheit der Birmanen schnellere Veränderungen im Land. Doch sie wissen auch, dass Aung San Suu Kyi die Hände gebunden sind. Denn in Wirklichkeit hat dieses Land derzeit zwei Regierungen. Drei Schlüsselministerien – das Verteidigungs-, das Innen- und das Justizressort – unterstehen nicht Aung San Suu Kyi, sondern den Militärs. Um deren Macht zu beschneiden, müsste die Verfassung mit einer Dreiviertel-Mehrheit geändert werden. Das ist jedoch faktisch unmöglich, weil nach ebendieser Verfassung gut 40 Prozent der Abgeordnetenitze den Militärs zustehen.

Auch wenn es hart klingt: In gewisser Weise missbrauchen die Militärs Aung San Suu Kyi auch als freundliches und im Ausland beliebtes Aushängeschild, um von ihren korrupten Machenschaften abzulenken. Natürlich weiß Aung San Suu Kyi um diese Mechanismen. Sie kann sich jedoch zurzeit nicht offen gegen die Militärs stellen, weil diese sich sonst die volle Macht zurückholen und Aung San Suu Kyi wieder komplett ruhigstellen würden. Eine – wenn auch eingeschränkt – aktive Aung San Suu Kyi ist für die Menschen in Myanmar wertvoller als eine abgesetzte.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Konflikt um die Rohingya zu sehen. Diese Bevölkerungsgruppe wünscht sich aus historischen und ethnischen Gründen einen eigenen Staat. Doch daran haben in Myanmar die Wenigsten ein Interesse, schon gar nicht die Generäle, denen die Ölvorkommen und andere Bodenschätze im Golf von Bengalen und der Andamanensee als wertvolle Einnahmequelle dienen. Die chinesische Regierung hat einen Plan vorgestellt, mit dessen Hilfe sie das Siedlungsgebiet der Rohingya befrieden und fehlende Infrastruktur aufbauen will. Doch die Bevölkerung misstraut solchen Vorhaben und befürchtet eine wachsende Einflussnahme Chinas oder gar eine schleichende Annexion des Landes durch den großen Nachbarn.

Weil einige wenige buddhistische Mönche Hetzjagden gegen die mehrheitlich muslimischen Rohingya veranstalten, wird gerne von einem religiösen Konflikt gesprochen. Beobachter vermuten jedoch auch hier versteckte Aktivitäten der Militärs. Es ist bekannt, dass eine Reihe von Generälen formell buddhistische Mönche wurden, um sich so größere Ländereien in grenznahen Gebieten überschreiben zu lassen, in denen wertvolle Bodenschätze vermutet werden. Wo es möglich ist, suchen oder erkaufen sich die Generäle das Wohlwollen oder die Freundschaft der Mönche, die mit einer Anzahl von immerhin gut 500 000 eine beachtenswerte politische Kraft darstellen.

Wie kann es weitergehen? Vor allem muss Myanmar, muss die Bevölkerung, eine demokratische Kultur entwickeln. Es ist allgemein bekannt, dass ein Großteil der derzeitigen Abgeordneten so gut wie keine Regierungserfahrung hat. Etliche ließen sich in ihren Regionen als Abgeordnete ihrer ethnischen Gruppierungen aufstellen, um aus der Abgeordnetentätigkeit vor allem persönlichen Profit zu ziehen. Viele Menschen sind davon überzeugt, dass die Demokratie irgendwie von alleine funktioniert, als eine Art Selbstläufer ist. Nur ganz wenige politische Akteure haben – Aung San Suu Kyi – eine Vorstellung davon, was Demokratie ist und welchen Einsatz sie von allen verlangt.

Um grundlegende Veränderungen im Land zu bewirken, braucht es also zunächst einen tiefgreifenden Mentalitätswandel. Dieser wiederum ist nur in dem Maß möglich, wie es die aktuellen Machthaber zulassen. Daher ist es richtig und sinnvoll, wenn verschiedene Vereinigungen und ethnische Gruppen zu einem gemeinsamen Dialog mit der aktuellen Regierung aufrufen. Nur in einem geduldigen Miteinander wird es möglich sein, gemeinsame Prioritäten zu setzen und vernetzt an gemeinsamen Zielen zu arbeiten, um so den Demokratisierungsprozess voranzutreiben kann. Das alles braucht Zeit. Doch nur so werden die Menschen verstehen, dass Demokratie eine Angelegenheit ist, die kontinuierlich wächst – Schritt für Schritt.

